Frankreichs Schüler lassen nicht locker

Trotz Entgegenkommen der Regierung kündigen die Jugendlichen weitere Demonstrationen an



Ein Demonstrant reckt am 6. Oktober auf der Place de la République in Paris die Faust in den Himmel. In ganz Frankreich protestieren Schüler und Lehrergewerkschaften gegen Lehrermangel, überfüllte Klassen und fehlende Mittel. MOHAMMED BADRA / EPA

CHRISTINE LONGIN, PARIS

Die «grosse Schwatzhafte», wie sich die Influencerin Anna Baldy auf Instagram nennt, machte ihrem Namen alle Ehre. Als eine der Ersten veröffentlichte sie am Montag die Massnahmen, die Premierminister Sébastien Lecornu zugunsten der Schülerinnen und Schüler der Oberstufe angekündigt hatte. Lecornu hatte mehrere Influencer über Instagram kontaktiert und zu einem Gespräch ins Hôtel de Matignon, den Sitz des Regierungschefs, eingeladen. Die geplanten Massnahmen präsentierten Bildungsminister Édouard Geffray und Hochschulminister Philippe Baptiste erst Stunden später.

Die Schüler lernen das Falsche
Kommentar auf Seite 20

Erstmals ging die Regierung in diesem Umfang auf Forderungen der Lycéens ein. Als wichtigste Massnahme soll Parcoursup, das in den Augen seiner Kritiker undurchsichtige System zur Vergabe der Studienplätze, nächstes Jahr reformiert und 2028 ersetzt werden. Gymnasiasten werfen der vor acht Jahren geschaffenen Onlineplattform vor, Bewerber aus der Banlieue zu benachteiligen. 2028 soll deshalb die Angabe des Gymnasiums wegfallen, aus dem die Bewerber kommen. Schon im nächsten Jahr sollen Ablehnungen begründet werden. 15 000 neue Studienplätze sollen bis 2028 dafür sorgen, dass mehr Abiturienten auch tatsächlich studieren können.

«Ihre Stimme wurde gehört»

Ausserdem will die Regierung den Regionen zinsgünstige Kredite über 4 Milliarden Euro geben, damit diese marode Schulgebäude renovieren können. Für die Universitäten sollen eine Milliarde Euro in einem mehrjährigen Investitionsprogramm dazukommen. 500 Lehrkräfte sollten neu eingestellt werden, kündigte Bildungsminister Geffray an. Auf die ursprünglich geplante Streichung von 836 Stellen im Sekundarbereich wird verzichtet. Gleichzeitig soll in der zehnten Klasse eine Obergrenze von 28 Schülerinnen und Schülern gelten. In den am stärksten benachteiligten Gymnasien soll die Massnahme bereits nächstes Jahr greifen, in den anderen 2028. «Die Gymnasiasten können sich einer Sache sicher sein: Ihre Stimme wurde gehört», versicherte Geffray am Abend in einem Fernsehinterview.

Die Schülervertreter hatten Massnahmen über insgesamt 10 Milliarden Euro gefordert, um die Lage an den Gymnasien zu verbessern. «Im Vergleich zu dem, was wir gefordert haben, haben wir nur Krümel bekommen», kritisierte Clément Vieillot von der Bewegung Cachan 94, benannt nach einem Pariser Vorort. «Wir warten die konkreten Ergebnisse ab und werden nicht nachgeben, solange wir sie nicht haben», ergänzte Nathanaël Combary von der Gewerkschaft Renouveau lycéen, der der Regierung nahesteht.

Auch die Lehrergewerkschaften zeigten sich am Dienstag nach einem Treffen mit Geffray enttäuscht: «Die ersten Schritte reichen nicht aus», kritisierte Sophie Venetitay von der linken Gewerkschaft SNES-FSU. Sowohl bei den Lehrergehältern als auch bei den Mitteln für die Schulen und der Bildungspolitik müsse noch mehr getan werden.

Die meisten Massnahmen hängen an der Verabschiedung des Haushalts für das nächste Jahr, der derzeit in der Nationalversammlung debattiert wird. Da die Regierung in der Assemblée nationale keine Mehrheit hat, ist unklar, wie sie ihr Budget durchbringen will. Ob die erst für 2028 geplanten Massnahmen umgesetzt werden, hängt zudem davon ab, wer nach den Präsidentschaftswahlen im nächsten Jahr regiert.

Ein weiterer Hochrisiko-Tag

Die Schülerinnen und Schüler wollen deshalb weiter demonstrieren. Schon für Samstag sind neue Kundgebungen zusammen mit Gewerkschaften und den Gelbwesten geplant. Am 17. Oktober hatten landesweit mehr als 550 000 Menschen demonstriert. Die Kundgebungen schlugen teilweise in massive Gewalt um. Der vergangene Samstag, als das Innenministerium 410 000 Demonstrierende zählte, verlief ruhiger. Nächstes Wochenende sollen die Demonstrationen weitergehen.

Bei einem Überraschungsbesuch in Marseille stufte Präsident Emmanuel Macron den 31. Oktober als Tag mit hohem Risiko ein. Macron räumte auch ein, dass die Sicherheitskräfte nicht ausreichend auf die Demonstrationen am 17. Oktober vorbereitet gewesen seien.

Die Proteste hatten Mitte September an einem Gymnasium in Créteil bei Paris begonnen, wo Schülerinnen und Schüler gegen den Lehrkräftemangel demonstrierten. Schnell schlossen sich andere Schulen, auch in den gut gestellten Vierteln der Grossstädte, der Bewegung an. Lecornu empfing Vertreterinnen und Vertreter der Protestbewegung erst vergangene Woche zum ersten Mal. Kurz darauf sprach auch Macron mit den Jugendlichen. Nach den zweiwöchigen Herbstferien beginnt der Unterricht am 2. November wieder. Dann wird sich zeigen, ob die Bewegung immer noch so viel Zulauf hat wie vor den Ferien.

Neue Zürcher Zeitung

Proteste in Frankreich

Die Schüler lernen das Falsche

DANIEL RICKENBACHER

Emmanuel Macron wollte die letzten sechs Monate seiner misslungenen Regierungszeit in Ruhe zu Ende bringen. Die Schülerproteste machten ihm einen Strich durch die Rechnung. Jetzt lockt er sie mit grossen Versprechen: Baufällige Lycées sollen saniert, neue Studienplätze geschaffen und Lehrer eingestellt werden. Und das Beste: Das Ganze soll nur wenig kosten und den leeren Staatshaushalt nicht übermässig belasten. Auch das unbeliebte halbautomatische Auswahlverfahren für die Universitäten, Parcoursup, soll ersetzt werden. Wann? 2028, dann, wenn Macron längst weg ist.

Der Politiker Macron weiss: Er hat weder die Zeit, die Mehrheiten im Parlament noch das Geld, um seine Versprechen umzusetzen. Das Problem: Das wissen die Schüler auch und gehen darum weiter auf die Strasse. Sie wollen nicht den Fingernagel, sondern die ganze Hand: zehn Milliarden Euro, jetzt! Doch selbst wenn Macron den Schülern jeden Wunsch auf ihrer Liste erfüllen könnte, wäre damit nichts geholfen. Die Probleme des französischen Schulsystems liegen anderswo.

Die unter dem Sozialisten François Mitterrand in den achtziger Jahren eingeführte Matura für alle («Bac pour tous») ist eine Katastrophe. Das Ziel, eine Maturitätsquote von 80 Prozent, ist zwar erreicht, doch das Resultat ist das Gegenteil des Erhofften: Die Leistungen der Schüler nehmen konstant ab, das Diplom wurde zu Ramsch und garantiert nicht mehr den gesellschaftlichen Aufstieg, sondern oftmals die Arbeitslosigkeit – diese liegt in Frankreich unter Jugendlichen seit Jahren über 20 Prozent. Nach zwölf Jahren verlassen viele junge Menschen die Schule, ohne auf das Leben vorbereitet zu sein: Für die Wirtschaft können sie zu wenig gut hämmern, für die Unis zu schlecht lesen und rechnen.

Die Macron-Regierung hatte diese Probleme eigentlich längst erkannt und fand die richtigen Rezepte: Mit der Einführung des halbautomatischen Auswahlverfahrens Parcoursup reduzierte sie die Zahl der jungen Menschen, die im ersten Studienjahr scheitern, weil sie nicht auf das Studium vorbereitet sind. Auch die Stärkung der Berufslehre ist ein Erfolg. Die Zahl der Lehrlinge wurde in den letzten Jahren verdoppelt. Das Problem: Die französische Gesellschaft verstand die Reformen nicht.

Die Studenten glaubten, die besseren Auswahlverfahren seien eine Ungerechtigkeit: Das Studium eines Orchideenfachs mit anschliessender Garantie auf einen Staatsjob gilt in Frankreich als Menschenrecht. Dass der verarmte französische Staat dieses Modell nicht mehr finanzieren kann, dass die Studenten mit ihrer Sturheit nicht nur die Zukunft Frankreichs verbauen, sondern vor allem auch ihre eigene, das wollen sie nicht hören und gehen deshalb umso lauter auf die Strasse.

> Die nächste Regierung muss genau das Gegenteil von dem machen, was die Jugend fordert.

Die Protestierenden behaupten, dass Auswahl und Leistung diskriminierend seien. Das Gegenteil ist der Fall: Die Leistungsgesellschaft garantiert, dass es auch Menschen ohne familiäre Verbindungen nach oben schaffen können, wenn sie Talent und Fleiss mitbringen. Ausgerechnet Frankreich hat diese Lektion einst der Welt blutig beigebracht: Nach der Französischen Revolution besiegten ihre bürgerlichen Generäle jene der europäischen Monarchien, weil sie sich nicht auf Adelstitel und Tischmanieren verliessen, sondern auf militärische Kompetenz. Heute hat Frankreich diese Lektion vergessen, und die Jugend geht für den Erhalt der verknöcherten Ordnung auf die Strasse. Sie glaubt, sie verteidige die Revolution, dabei ist sie die Fürsprecherin des Ancien Régime.

Die nächste Regierung muss genau das Gegenteil von dem machen, was die Jugend fordert. Sie muss die Auswahl beim Zugang zu Matura und Universitäten strenger machen, die Laufbahnmöglichkeiten vervielfältigen und die Pipeline von der Universität zur Verwaltung dekonstruieren. Vor allem: Die Menschen müssen das Richtige lernen und früher in den Arbeitsmarkt eintreten, statt ihre Leben hinter den Schulbänken zu verschwenden.